

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 63 (1976)  
**Heft:** 10: Der LEMO-Bericht : Wegweiser in die Zukunft?  
  
**Rubrik:** Aus Kantonen und Sektionen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

die Zahl der Primarschüler in den letzten drei Jahren um rund 1000 pro Jahr zunahm. Im Schuljahr 1975/76 kündigte sich jedoch bereits eine gegenteilige Tendenz an, blieb die Schülerzahl doch auf dem Vorjahresniveau stehen. Gründe für dieses Phänomen sind der verstärkte Geburtenrückgang bei den Schweizern, die Stabilisierung der Geburtenrate bei den Ausländern und die Rückkehr zahlreicher Ausländerfamilien in ihre Heimat. Die wirtschaftliche Rezession,

heisst es im Bulletin, habe somit bereits zu einer Stagnation der Primarschuleintritte geführt. Die Tendenz hat eine sinkende Nachfrage nach Primarlehrern zur Folge. Bei Schuljahresbeginn im Herbst 1975 im Kanton Waadt waren zahlreiche neu patentierte Lehrer stellenlos: 25 mussten mit kurzfristigen und 20 mit langfristigen Stellvertretungen vorliebnehmen. Anders sieht die Situation in Sekundar- und Mittelschulen aus, wo die Schülerzahl vorläufig noch weiter steigt.

## Leserbriefe

### Meine Meinung zum Artikel von Georg Grosjean in Nr. 9

«Niemand hat das Recht, einen andern nach einem imaginären Zukunftsmodell zu erziehen», sagt Grosjean. Um so stärker ist nach seiner Meinung die Verpflichtung auf die Gegenwart, auf das «politische oder sittliche Bekenntnis der Allgemeinheit», auf «unser» Wertsystem, auf die «Grundsätze» der «Öffentlichkeit». Im Klartext heisst das: die Freiheit des Lehrers besteht darin, dass er Bekenntnisse ablegen muss. Und da der Inhalt der Bekenntnisse nicht von vornherein erkennbar ist – über die berühmten Grundsätze der Allgemeinheit wird ja politisch gestritten – ist um so klarer, dass es jeweils an den Behörden liegt, die Details festzulegen und über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Gesinnungen zu

entscheiden. Vielleicht ist Grosjean so freundlich, das gültige Lehrer-Credo und die Definition der zu respektierenden Gegenwart zu liefern. Grosjean, der Mann, der sich für die Beachtung «feiner Grenzen» empfiehlt, hat eine Grenze übersehen: die Grenze zwischen dem autoritären Obrigkeitsstaat und dem freiheitlichen Rechtsstaat. Der Rechtsstaat verlangt die Einhaltung der Rechtssätze in Verfassung, Gesetz und Verordnung – die Amtsordnungen der Lehrer sind meist sehr deutlich – und darüber hinaus gewährt er Gesinnungsfreiheit. Der Obrigkeitsstaat fordert hingegen nicht nur Verhaltensloyalität, sondern auch Identifikationen, Abgrenzungen, Bekenntnisse und Verpflichtungen auf vage Auffassungen der «Öffentlichkeit». Jedes geforderte Bekenntnis mehr ist ein Stück Freiheit weniger. Wenn der geistige Kampf um die Freiheit im Stile Grosjean betrieben wird, ist er verloren.

Mit freundlichen Grüssen  
Dr. Willi Schneider, 4125 Riehen

## Aus Kantonen und Sektionen

### Zürich: Zürcher Intellektuelle unterzeichnen «demokratisches Manifest»

«Gerade in kritischen Zeiten dürfen der Spielraum der freien Diskussion und das Recht auf Veränderung nicht eingeengt werden», heisst es in einem «demokratischen Manifest», das kürzlich in Zürich vorgestellt wurde und das sich gegen politisch motivierte Entlassungen beziehungsweise Nichtanstellung von Lehrern, Journalisten und aktiven Gewerkschaftern richtet.

Gegen die «Unterhöhlung der demokratischen Rechte in unserem Lande» und ein «Klima der Unsicherheit und Einschüchterung» wendet sich

das von 75 Persönlichkeiten unterzeichnete «demokratische Manifest». Immer mehr Lehrer, so heisst es im Manifest, würden aus politischen Gründen entlassen oder nicht angestellt, im öffentlichen Dienst komme es vermehrt zu politisch motivierten Massnahmen, Radio und Fernsehen seien einer «stillen Zensur» unterworfen, und in der Privatwirtschaft sei bereits eine Reihe von aktiven Gewerkschaftern entlassen worden. Dadurch könnten «erfahrungsmässig garantierte Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die freie Berufswahl, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Tätigkeit nicht mehr ungestraft ausgeübt werden».

Viele der Erstunterzeichner des Manifests hatten ihren Namen bereits 1968 unter das «Zürcher Manifest» im Gefolge der Globus-Unruhen gesetzt: Max Bill, Max Frisch, Walter M. Diggelmann, die ETH-Professoren Alfred Huber und Adolf Muschg und die Uni-Professoren Peter Noll und Arnold

Niederer. Zu ihnen sind inzwischen weitere Angehörige der linksintellektuellen Zürcher «Szene» gestossen: Die Filmemacher Richard Dindo und Kurt Gloor, die Schriftsteller und Journalisten Niklaus Meienberg, Walter Kauer, Max Schmid sowie die SP-Nationalräte Ezio Canonica, Doris Morf und Walter Renschler.

#### *Gegen «Dienstverweigerer-Grundsätze»*

Die 75 Erstunterzeichner erklären in ihrem Manifest, dass ein demokratischer Staat nicht durch Verbote geschützt, sondern in der offenen Auseinandersetzung mündiger Bürger weiterentwickelt werden müsse: «Wir wehren uns dagegen, dass diese Auseinandersetzung durch einseitig politische Entscheide, hinter denen einseitige Interessen stehen, unterbunden wird.» Nur durch den solidarischen Zusammenschluss aller Betroffenen könne «dem Abbau demokratischer Rechte, dem zunehmenden politischen Druck und dem damit verbundenen Verunsicherungsprozess entgegengewirkt werden».

An einer Pressekonferenz begründete Manifest-Unterzeichner Dr. Hans-Jörg Braunschweig den Zusammenschluss zum neuen «Zürcher Manifest» mit den «bekannten Vorfällen im Zürcher Erziehungswesen» und den Grundsätzen des Zürcher Erziehungsrates über die Anstellung von Lehrern, die den Militärdienst verweigert haben. Das «demokratische Manifest» will auch gegen eine «Volksinitiative von Rechtsausen» kämpfen, die sämtliche Dienstverweigerer aus dem Schuldienst ausschliessen will. Weitere Bereiche, in denen das Manifest Repression geortet hat, sind die Armee, die ausländischen Arbeitskräfte, die «zunehmend autoritären Strukturen an Schulen und Universitäten», die Sozialpolitik und die Erschwerung des Initiativrechts. Mit einer Kampagne, die Standaktionen, Solidaritätsveranstaltungen, eine Wanderausstellung und regelmässige Versammlungen des Manifestkomitees umfasst, will das Manifest um weiteren Zuzug werben.

Gottlieb F. Höppli in «Luzerner Tagblatt»

#### **Solothurn:**

##### **Die Schulkoordination wird kommen müssen!**

Beinahe mag es verwegen oder gar utopisch erscheinen, trotz allen bitteren Erfahrungen fortgesetzt von Schulkoordination zu sprechen, ja sie mehr als je zu fordern. Wem das Wohl der Schuljugend ein ernsthaftes Anliegen ist, der darf nicht müde werden, eine bessere Übereinstimmung im Schulwesen anzustreben, sei es regional oder interkantonal oder gar im gesamtschweizerischen Rahmen. Hindernisse – gleich welcher Art auch immer – sind schliesslich da, um überwunden zu werden.

Auch in seinem umfassenden Jahresbericht über die konstruktive Tätigkeit der Pädagogischen

Kommission (PK) des Solothurner Kantonallehrervereins streift Präsident Aloys Baumgartner in seinen Gedanken zu aktuellen Schulproblemen diese bis heute misslungene und doch so notwendige Koordination im Schulwesen. Sie wird als eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit bezeichnet! Auch die UNESCO, bei der der Verfasser dieser Zeilen auf internationaler Ebene mitzuarbeiten Gelegenheit hatte, kam zum nachdenklich stimmenden Schluss, dass die Schulsysteme und Lehrpläne aller Länder auf der ganzen Welt untereinander nicht stärker auseinandergehen als diejenigen der Schweizer Kantone.

Nach Aloys Baumgartner wissen wir, dass Veränderungen im Schulsystem sich in einem langsamen Prozess vollziehen und dass es zu wesentlichen Neuerungen im Sinne einer vernünftigen Kooperation nur mit grosser Geduld und mit zähem Fleiss kommen kann. Das entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, uns tatkräftig einzusetzen, dass vorerst die nachfolgenden Probleme interkantonal gelöst werden:

Schuleintritt, Dauer der Schulpflicht, Übertritt in die nächsthöhere Stufe, Koordinierung der Lehrpläne in den Hauptfächern, einheitliche Benennung der Schultypen, Zeugnisordnung, Koordinierung der Schulversuche, Beseitigung des Ferienwirrwarrs.

Die PK weiss um die bisherigen Bemühungen zu regionalen Zusammenschlüssen, so etwa in der Nordwestschweiz, in der Zentral- und Westschweiz. Aber die Impulse für diese gemeinsam abzustimmende Aufbauarbeit muss entschlossen verstärkt werden. Jede Koordination ist nur durchführbar, wenn man ernsthaft – und hier sind auch die Lehrer angesprochen – gewillt ist, ebenfalls andere Ergebnisse zu überprüfen und unter Umständen anzunehmen. Jede Ausschliesslichkeit ist gefährlich. In einzelnen Kantonen gibt man sich dem vielleicht doch etwas verhängnisvollen Glauben hin, dass nur das dort vertretene Schulsystem das einzig richtige oder gar das beste sei.

Hier gilt es nun umzulernen, sich anzupassen und nach einer sinnvollen gemeinsamen Lösung zu suchen. Ein vernünftiger Kompromiss könnte im Gesamtinteresse der Schule und damit vor allem auch der Schuljugend liegen, und er müsste eigentlich mit allen Mitteln unermüdlich anzustreben sein. Ein föderalistischer Zentralismus könnte den Weg ebnen zu einer fortschrittlichen und grosszügigen Lösung so vieler wichtiger und dringender Schulfragen! Schulbehörden und Lehrerschaft sind in gleicher Weise aufgerufen, ihren guten Willen zu beweisen und den hindernden Kantönligeist entschlossen zu überwinden.

Otto Schätzle

## Wallis:

### Umstrittenes Deutsch-Lehrmittel

Seit drei Jahren lernen die kleinen Unterwalliser Deutsch nach der neuartigen Methode von Professor Jean Petit aus Besançon, die ständig in neuen Klassen eingeführt wird. Beim Erziehungsdepartement und in Lehrerkreisen zeigte man sich nicht wenig stolz ob dieser Methode. Wir erinnern uns noch, damals geschrieben zu haben, dass vor allem die Qualität der Aussprache, die mit dieser audiovisuellen Methode den Schülern beigebracht wird, Eindruck gemacht habe. Einen tieferen Einblick in den Lehrgang bekamen die Journalisten französischer Zunge freilich nicht.

#### *Methode ungeeignet*

Nun aber hört und staunt man: Das Institut für deutsche Sprache der Universität Freiburg hat ein vervielfältigtes Gutachten herausgegeben, in dem es zum Schlusse kommt, dass die Methode Jean Petits «nicht geeignet ist als Unterrichtswerk für die Primarschüler». Markus Baldegger, Martin Müller und Günther Schneider haben im Lehrgang von Jean Petit eine «Vielzahl unbrauchbarer und sinnloser Sätze gefunden», daneben «erkünstelte Witzchen», voll von «penetranter Boshaftigkeit und altkluger Hinterhältigkeit» und einen gequälten «Altherrenhumor». So wenigstens resümiert Marcel Schwander, der als Übersetzer von Jacques Chessex doch sicher etwas davon versteht, die Schrift der Freiburger Forscher. Darin werden u. a. grobe Übersetzungsfehler zitiert, so «Der Hund bellt stark – statt laut», und «Die Kuh muht stark – statt laut».

#### *Aus allen Wolken gefallen*

Beim Walliser Erziehungsdepartement fiel man vom Himmel, als wir von diesem wenig schmeichelhaften Gutachten des Freiburger Instituts berichteten. Der abwesende Vorsteher des Erziehungsdepartementes werde sich diese Arbeit bestimmt ansehen, meinte man. Roger Basse, Sekretär bei der Abteilung Primarschule, sagte auf Anfrage, dass die Methode Petit seit diesem Jahr im Unterwallis allgemein im Gebrauch stehe. In der Hauptstadt werde zwar noch nach einer anderen, ähnlichen Methode Deutsch gelehrt, doch auch dort ist die Einführung des Lehrganges von Jean Petit vorgesehen. Die Resultate, die bislang mit «Sing und spiele mit» erzielt wurden, sind nach Ansicht von Jean Basse ausgezeichnet. Auf die oben erwähnten Fehler aufmerksam gemacht, legte er dar, dass die gesamte Methode Petit von Professoren aus Hannover sorgfältig überprüft worden sei, ehe sie im Wallis zugelassen wurde. Die kleinen Unterwalliser werden aber wohl Deutsch lernen, um sich in erster Linie mit den übrigen Schweizern verständigen zu können. Es bleibt zu hoffen, dass die Methode «Frère Jacques», mit der im Oberwallis Französisch gelehrt

wird, nicht die gleichen Fehler aufweist wie jene von Professor Petit . . .

Dominique Roten im «Vaterland»

## Aargau:

### Zuerst stellenlose Lehrer beschäftigen

Das aargauische Erziehungsdepartement hat in einem Schreiben die Schulpflegen dazu aufgefordert, bei Einstellungen von Stellvertretern für vorübergehende abwesende Lehrkräfte vor allem stellenlose Lehrkräfte zu berücksichtigen. Im Kanton Aargau werden in diesem Jahr schätzungsweise über 100 Junglehrer, die in diesen Wochen ihr Lehrpatent erhielten, keine Stelle finden.

Das Erziehungsdepartement bittet die Schulpflegen, keine pensionierten Lehrkräfte, aber auch keine Maturanden als Stellvertreter einzusetzen. Für Maturanden erteilt das Erziehungsdepartement allerdings schon seit einiger Zeit keine Bewilligungen für die Übernahme von Stellvertretungen mehr. Auch jenen Studenten, die ein Primarlehrpatent besitzen, aber nur ihre Semesterferien mit einer Stellvertretung überbrücken wollen, sollen wenn möglich nicht angestellt werden. Zur Frage, ob verheiratete Lehrerinnen, deren Ehemann selber verdient, als Stellvertreterinnen angestellt werden sollen, hat das Erziehungsdepartement keine Richtlinien herausgegeben. Hier sollen die Schulpflegen selber entscheiden, da es Fälle geben könne, «wo eine solche Lehrerin möglicherweise auf einen Zwischenverdienst dringend angewiesen ist».

In seinem Schreiben an die Schulpflegen weist das Erziehungsdepartement auch auf das Problem der Absolventen des «Sonderkurses» hin. Während den Zeiten des Lehrermangels wurden im Aargau solche Kurse organisiert, an denen junge Männer und Frauen, die über einen Berufsabschluss verfügten, während zwei Jahren zu Primarlehrern ausgebildet wurden. Die Erreichung des Lehrpatents ist allerdings an eine Bedingung geknüpft: Die Absolventen des Sonderkurses müssen während zwei Jahren «erfolgreich unterrichten». Diese Bedingung ist dann natürlich nicht erfüllbar, wenn die Absolventen der Sonderschulkurse keine Stelle finden. In der Beantwortung einer kleinen Anfrage eines Grossrates erklärte die Regierung, dass diese Bedingung auch in der heutigen Zeit des Lehrermangels aufrechterhalten werde.

Das Erziehungsdepartement weist in seinem Schreiben an die Schulpflegen auf die Probleme dieser Sonderkursabsolventen hin. Im Frühjahr 1977 wird der letzte Sonderkurs im Seminar Wettingen beendet; die Schulpflegen werden aber heute schon gebeten, jene Junglehrer bei der Besetzung von Stellvertretungen dannzumal zu berücksichtigen. njb im «Luzerner Tagblatt»